

Informationen aus dem NÖ Landtag



Landtagssitzung vom 16. Dezember 2010

Die ersten beiden Tagesordnungspunkte wurden bei getrennter Berichterstattung und Abstimmung gemeinsam behandelt:

- [NÖ Spielautomatengesetz 2011](#)

Antrag angenommen: Zustimmung ÖVP, SPÖ, Ablehnung FPÖ, Grüne

- [Aufhebung des Gesetzes über die Einhebung von Landeszuschlägen zu den Gebühren des Bundes von Totalisateur- und Buchmacherwetten](#)

Antrag einstimmig angenommen

Abgeordneter Ing. Martin Huber hielt fest, dass sich seine Fraktion gegen das Glücksspiel ausspreche. Immerhin seien zwei Prozent der Erwachsenen glücksspielgefährdet und es gebe nicht genügend Personal zur Kontrolle. Zudem werde in diesem Zusammenhang der Jugendschutz missbraucht.

- [Landesausstellung 2011 „Erobern – Entdecken – Erleben im Römerland Carnuntum“; Übernahme einer Landeshaftung.](#)

Antrag einstimmig angenommen

Abgeordneter Benno Sulzberger meinte, dass in der Landesausstellung 2011 Natur, Kultur und das Leben der Römer gezeigt werden. Im Namen seiner Fraktion wünschte er für die Landesausstellung 2011 viel Erfolg.

- [Landespflegeheim Amstetten, Zu- und Umbau – Projektänderung](#)

Antrag einstimmig angenommen

Abgeordneter Ing. Martin Huber eröffnete die Debatte: Das Vorziehen des dritten Bauabschnittes bei Aufrechterhaltung des Betriebes sei sehr positiv. Beim NÖ Ausbauprogramm dürfe man aber nicht auf die privaten Pflegeheime und die sehr wichtige Pflege zu Hause vergessen.

- [Änderung des NÖ Landes- und Gemeinde-Verwaltungsabgabengesetzes](#)

Antrag einstimmig angenommen

Die folgenden Tagesordnungspunkte wurden bei getrennter Berichterstattung und Abstimmung gemeinsam behandelt:

- [Änderung der Dienstpragmatik der Landesbeamten 1972 \(DPL 1972\)](#)

Antrag einstimmig angenommen

- [Änderung des Landes-Vertragsbedienstetengesetzes \(LVBG\)](#)

Antrag einstimmig angenommen

- [Änderung des NÖ Landes-Bedienstetengesetzes \(NÖ LBG\)](#)

Antrag einstimmig angenommen

- [Änderung des Gesetzes über den Unabhängigen Verwaltungssenat im Land Niederösterreich \(NÖ UVSG\)](#)

Antrag einstimmig angenommen

- [Änderung des NÖ Spitalsärztegesetzes 1992 \(NÖ SÄG 1992\)](#)

Antrag einstimmig angenommen

- [Änderung der NÖ Gemeindebeamtenehaltsordnung 1976 \(3. GBGO-Novelle 2010\)](#)

Antrag einstimmig angenommen

- [Änderung des NÖ Gemeinde-Vertragsbedienstetengesetzes 1976 \(3. GVBG-Novelle 2010\)](#)

Antrag einstimmig angenommen

Die folgenden Anträge wurden bei getrennter Berichterstattung (jeweils Abgeordneter Benno Sulzberger) und Abstimmung gemeinsam behandelt, die Ausschuss-Anträge lauten jeweils auf Ablehnung:

- [Neuordnung des Pensionssystems, insbesondere der Hacklerregelung](#)

Antrag angenommen: Zustimmung ÖVP, SPÖ, Ablehnung FPÖ, Grüne

- [keine Erhöhung der Mineralölsteuer im Bundesbudget 2011](#)

Antrag angenommen: Zustimmung ÖVP, SPÖ, Ablehnung FPÖ, Grüne

- [Einführung einer Bankenabgabe – eine neue Massensteuer](#)

Antrag angenommen: Zustimmung ÖVP, SPÖ, Grüne, Ablehnung FPÖ;

- [Familienbeihilfe und Mehrkindzuschlag müssen in der bisherigen Form erhalten bleiben!](#)

Antrag angenommen: Zustimmung ÖVP, SPÖ, Grüne, Ablehnung FPÖ Resolutionsantrag Abg.

Tauchner betreffend keine Verlängerung der Fertigstellungsfrist bei "Barrierefreiheit in öffentlichen Gebäuden und Verkehrsmitteln" von 2016 auf 2020 - keine Abstimmung

- [keine Abschaffung des Alleinverdienerabsetzbetrages.](#)

Antrag angenommen: Zustimmung ÖVP, SPÖ, Grüne, Ablehnung FPÖ

- [Unterstützung für unsere Familien – Schulstartgeld wieder einführen](#)

Antrag angenommen: Zustimmung ÖVP, SPÖ, Ablehnung FPÖ, Grüne

- [keine Studiengebühren – stattdessen Beibehaltung der Familienbeihilfe.](#)

Antrag angenommen: Zustimmung ÖVP, SPÖ, Ablehnung FPÖ, Grüne

- [keine Herabsetzung der Pflegestufen](#)

Antrag angenommen: Zustimmung ÖVP, SPÖ, Ablehnung FPÖ, Grüne

Klubobmann Gottfried Waldhäusl eröffnete die Debatte: Während sich die Familien auf das Weihnachtsfest vorbereiteten, saniere die Bundesregierung ihr Budget auf dem Rücken dieser Familien. Das sei in der Geschichte der Zweiten Republik noch nie da gewesen. Er meinte, die FP habe sich in den letzten Jahren mit zahlreichen Initiativen immer für die Familien eingesetzt. Es sei traurig, dass Österreich gerade bei den Familien sparen müsse. Die Volksvertreter und die Mandatäre des Landtages hätten die Verpflichtung, Familien mehr zu unterstützen.

Abgeordneter Ing. Martin Huber erklärte, Österreich solle sich mit den Spitzen der europäischen Länder vergleichen und nicht mit Portugal, Griechenland oder Irland. Das aktuelle Sparpaket belaste die Familien mit über 300 Millionen Euro. In diesem Rahmen wurden u. a. der Mehrkindzuschlag ab dem dritten Kind gestrichen und die Familienbeihilfe gekürzt. Eine offensive Familien- und Bildungspolitik sei für die Zukunft eines Landes wichtig.

Abgeordneter Edmund Tauchner forderte, dass die 13. Familienbeihilfe vollständig erhalten bleibe und die NÖ Schulstarthilfe wieder eingeführt werde. In diesem Zusammenhang brachte er gemeinsam mit den Abgeordneten Waldhäusl, Königsberger, Ing. Huber, Hafenecker und Sulzberger einen **Resolutionsantrag** gegen die Verlängerung der Fertigstellungsfrist bei „Barrierefreiheit in öffentlichen Gebäuden und Verkehrsmitteln“ von 2016 bis 2020 ein.

Abgeordneter Christian Hafenecker ging auf die Hacklerregelung ein und betonte, 45 Jahre seien genug für einen arbeitenden Menschen.

Abgeordneter Erich Königsberger bezeichnete das Budget des Bundes als „unsozial und familienfeindlich“. Es komme eine Belastungswave auf die Menschen zu. Die Erhöhung der Mineralölsteuer treffe die Klein- und Mittelverdiener, dabei vor allem die Pendler. Die Erhöhung der Pendlerpauschale bringe den Menschen nichts.

[Änderung der NÖ Bauordnung 1996](#)

Abänderungsantrag Abg. Dr. Krismer-Huber - Unterstützung abgelehnt: Zustimmung Grüne, Ablehnung ÖVP, SPÖ, FPÖ;

Antrag angenommen: Zustimmung ÖVP, SPÖ, FPÖ, Ablehnung Grüne;

Resolutionsantrag Abg. Waldhäusl betreffend Förderung von Photovoltaikanlagen - einstimmig angenommen;

Resolutionsantrag Abg. Mag. Leichtfried betreffend Förderung von Solar-, Photovoltaikanlagen und Wärmepumpen - abgelehnt: Zustimmung SPÖ, FPÖ, Grüne, Ablehnung ÖVP.

Klubobmann Gottfried Waldhäusl hielt im Zusammenhang mit der Änderung der Bauordnung fest, dass Tausende Förderwerber nunmehr „in der Luft hängen“ und es hinsichtlich der Wohnungsförderungsrichtlinien zu massiven Schlechterstellungen komme. Er brachte einen **Resolutionsantrag** gemeinsam mit DI Eigner, Mag. Leichtfried und Dr. Krismer-Huber betreffend Förderung von Photovoltaikanlagen ein.

Presseaussendung dazu:

Waldhäusl setzt sich durch: Übergangsregelung für Photovoltaik wird eingezogen

Utl.: Bauherren müssen nun nicht mehr um versprochene Förderungen bangen

„Ich freue mich darüber, dass wir hier einen großen Erfolg für die NÖ Bauherren erzielen konnten und die Rechtssicherheit für bereits genehmigte Förderungen wieder hergestellt ist!“, sagt KO Gottfried Waldhäusl.

Die Freiheitlichen hatten mittels eines Antrages darauf hingewiesen, dass nach einem Beschluss der NÖ Landesregierung zu der Situation gekommen wäre, dass bereits genehmigte Förderungen für Photovoltaikanlagen nicht mehr zur Auszahlung gekommen wären.

„Diese Maßnahme hätte die Baukalkulation vieler Bauherren vollends über den Haufen geworfen, wir sind daher froh, dass diese Ungerechtigkeit noch rechtzeitig vor Inkrafttreten des Regierungsbeschlusses vom Landtag repariert werden konnte. Es wird nun möglich sein, dass analog der Bundesförderung für alle bis zum Ende dieses Jahres eingereichten Projekte der Fertigstellungstermin 2011 gelten wird!“, schließt der Klubobmann.